

Personen

Neuer Bischof von Fulda wurde der bisherige Pro-Nuntius in Liberia und Gambia und päpstliche Delegat für Guinea und Sierra Leone, Titular-Erzbischof *Johannes Dyba*. Der 53jährige Dyba, ursprünglich Jurist, der erst später Theologie studierte, war seit 1962 im päpstlichen (diplomatischen) Dienst, zunächst als Minutant im Staatssekretariat, später als Nuntiaterrat in verschiedenen Nuntiaturen (Buenos Aires, Den Haag, Kinshasa) und dann vorübergehend Sekretär der Päpstlichen Kommission *Justitia et Pax*, bevor er von Johannes Paul II. 1979 zum Nuntius ernannt wurde. Da die Berufung Dybas als ungewöhnlich angesehen wird und dieser neben seiner vielseitigen Begabung als „römischer Berliner rheinischer Prägung“ gilt, werden jetzt schon Spekulationen angestellt, die über Fulda hinausweisen.

Johannes Paul II. hat den Freiburger Dogmatikprofessor *Karl Lehmann* (47) zum Bischof von Mainz ernannt. Lehmann, der in der Leitung der Mainzer Diözese Kardinal *Hermann Volk* nachfolgt, ist einer der angesehensten katholischen Theologen der jüngeren Generation. Er stammt aus Sigmaringen, studierte als Alumne des Germanicums an der Päpstlichen Universität Gregoriana und promovierte dort in Philosophie und Theologie. Seine theologische Laufbahn begann Lehmann als Assistent von Karl Rahner in München und Münster. Von 1968 bis 1971 war er Professor für Dogmatik in Mainz, seit 1971 Professor für Dogmatik und ökumenische Theologie in Freiburg. Er ist (seit 1974) Mitglied der Internationalen Theologenkommission und Berater der Deutschen Bischofskonferenz in zahlreichen theologischen und kirchenpolitischen Fragen (u. a. als einer der Mitautoren des Friedenshirtenbriefes von Ende April dieses Jahres). Er war führendes Mitglied der Gemeinsamen Synode und federführender Herausgeber der Beschlüsse und Arbeitspapiere der Synode. Ökumenisch ist Lehmann unter anderem als wissenschaftlicher Leiter des Ökumenischen Arbeitskreises evangelischer und katholischer Theologen hervorgetreten (Jaeger-Staehlin-Kreis).

Nachfolger von Prälat *Georg Hüssler* (Freiburg) als Präsident der Caritas Internationalis (C. I.) wurde der angolische Kardinal *Alexandre do Nascimento* (58). Prälat Hüssler, der Präsident des Deutschen Caritas-Verbandes bleibt, konnte nach achtjähriger Amtszeit satzungsgemäß nicht wiedergewählt werden und wurde Ehrenpräsident. Nachfolger des bisherigen Generalsekretärs der C. I., des Paraguayaners *Emilio Fracchia*, wurde der Schweizer *Gerhard Meier* (50).

Das Landesgericht Salzburg hat als Berufungsinstanz der Finanzkammer der Erzdiözese Salzburg in einem Rechtsstreit gegen einen österreichischen Staatsbürger rechtgegeben, der die *Zahlung seines Kirchensteuerbeitrags* mit der Begründung verweigerte, er betrachte sich nicht als Mitglied der Kirche, da er zwar als Kind getauft wurde, aber nach Eintritt eigener Handlungsfähigkeit nie der Kirche beigetreten sei und deswegen auch nicht austreten könne. Das Gericht bestätigte, daß nach österreichischem Recht der katholischen Kirche jene Personen angehören, die in ihr getauft wurden, ohne daß sie später nach staatlichem Recht ausgetreten seien. Die Aufnahme eines Kindes durch die Taufe verstoße nicht gegen die Religions- und Gewissensfreiheit.

In einem Interview, das im „Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt“ (5. 6. 83) veröffentlicht wurde, hat Erzbischof *Marcel Lefebvre* bestätigt, daß der Papst bereit sei, einen Visitator für die Bruderschaft Pius X. zu ernennen, allerdings unter der Bedingung, daß er die Anerkennung des neuen Meßritus unterschreibe. Das könne er nicht vor seinem Gewissen verantworten; deswegen sei im Augenblick eine sofortige Lösung nicht möglich. Johannes Paul II. zeigt sich nach Meinung Lefebvres unter gewissen Aspekten traditionalistischer als seine Vorgänger, „weil er das Tragen der Soutane wieder verlangt hat und er wieder mehr Disziplin in den Priesterseminaren und Ordenshäusern wünscht“. Gleichzeitig sage der Papst aber ständig, daß er ein geistiger Sohn von Paul VI. und ein Fortsetzer des Konzils sei. Das sei schlimm. Lefebvre sagte außerdem, er habe gegenwärtig nicht die Absicht, seinen designierten Nachfolger Franz Schmidberger zum Bischof zu weihen, fügte aber hinzu: „Ideal wäre es, wenn Rom erlauben würde, daß es in der Bruderschaft einen Bischof gäbe.“

In den USA mußte eine Ordensschwester, weil Inhaberin eines staatlichen, mit Sittlichkeitsfragen verquickten Amtes, ihren Orden verlassen. *Marie-Agnes Mansour* von den Barmherzigkeits-Schwestern in Detroit war im Dezember 1982 vom Gouverneur zur Leiterin der Sozialbehörde des Staates Michigan ernannt worden. Sie übernahm den Posten mit Zustimmung ihres Ordens. Die Sozialbehörde gewährt auch soziale Hilfe an Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen lassen. Der Bischof von Detroit verlangte von der Schwester öffentlichen Widerspruch gegen diese staatliche Praxis. Die Schwester betonte ihre Gegnerschaft zur Abtreibung, erklärte aber, das Amt so führen zu

wollen, wie es von Gesetzes wegen vorgesehen ist. Daraufhin wurde sie „auf persönliche Weisung des Papstes“ vor die Entscheidung gestellt, ihre Stellung aufzugeben oder einen kanonischen Prozeß mit dem Ziel ihres Ausschlusses aus dem Orden zu gewärtigen. Darauf trat die Schwester von selbst aus dem Orden aus. Die Ordensleitung kritisierte das „einseitige“ Verfahren.

Im Alter von 74 Jahren starb der Erzbischof von Guatemala City, Kardinal *Mario Casariego*. Casariego, Kardinal seit 1969, stand politisch wie kirchenpolitisch stark rechts und galt insofern immer mehr als eine Ausnahmeerscheinung innerhalb des Episkopats vor allem seines Landes, aber auch Mittelamerikas insgesamt.

Nachfolger von Kardinal *Raul Silva Henriquez* (76), der im Mai sein Amt als Erzbischof von Santiago de Chile aus Altersgründen niederlegte, wurde der bisherige, 69jährige Bischof von La Serena, *Juan Francesco Fresno Larrain*.

Gegen eine „fortschreitende Militarisierung des Landes“ haben sich Anfang Juni die Bischöfe von Guatemala gewandt. Als besondere Quelle der Besorgnis werden die von Staatspräsident *Efraim Rios Montt* eingerichteten „Geheimgerichte“ genannt. 15 Personen seien bisher auf Grund von Urteilen durch Geheimgerichte erschossen worden. Die Bischöfe widersprachen durch ihren Protest bestimmten, auch in der deutschen Presse verbreiteten Situationsschilderungen, nach denen in letzter Zeit unter Rios Montt ein Liberalisierungsprozeß eingesetzt habe. Die Bischöfe: „Während wir schon glaubten, die Situation der Gewalt habe sich in gewisser Weise entspannt, müssen wir jetzt mit Sorge erkennen, daß es in Teilen des Landes immer noch zu Massakern kommt.“

In einem Gespräch mit KNA hob der Vorsitzende der Kenianischen Bischofskonferenz, Bischof *Raphael Mwanja 'a Nzeki Ndingi* von Nakuru, die Bedeutung der Basisgemeinden für die Kirche in Kenia hervor. Die Basisgemeinden seien aufgrund des Priestermangels entstanden; sie seien aber auch bei einer ausreichenden Versorgung mit Priestern unbedingt notwendig, weil sie die kleinsten christlichen Gemeinschaften im Lebensraum der Menschen seien. Er bemühe sich, die Menschen darauf vorzubereiten, daß es in fünf oder zehn Jahren von Laien geleitete Pfarreien geben werde; ein Laie stehe dabei der Gemeinde vor und verrichte alle Arbeiten eines Priesters bis auf die Sakramentspendung und die Feier der Messe.